

Meinung

MEINUNG

10.06.15

Testfall für den Senat

Das linke Zentrum im Hamburger Münzviertel bringt Rot-Grün in eine Zwickmühle

Innensenator Michael Neumann ist kein Freund rechtsfreier Räume. "Recht und Gesetz gelten", betont der SPD-Politiker ein ums andere Mal. Im Umgang mit den Lampedusa-Flüchtlingen und mit der Einrichtung des umstrittenen Gefahrengebietes hat er sich den Ruf eines Law-and-Order-Mannes erworben, der manchen Christdemokraten windelweich aussehen ließ.

Doch unter den Augen von Neumanns Polizei hat sich in den vergangenen Monaten an der Norderstraße in Hammerbrook ein linkes Zentrum etablieren können, das sich selbst "als Teil einer progressiven antikapitalistischen Bewegung" sieht und mittlerweile rund 70 Aktivisten versammelt. Spätestens seit Februar ist dieses Problem den Behörden bekannt, doch die Szene konnte sich verfestigen.

Als Hardliner zeigt sich Neumann in diesem Fall wahrlich nicht. Er hat mittlerweile die Grünen am Senatstisch sitzen, und die dürften die Bilder von der gewaltsamen Räumung eines alternativen Zentrums scheuen. So sieht der Innensenator "bisher keine größeren Vorkommnisse" in dem Haus und verweist darauf, dass es einen Mietvertrag für das Objekt gebe, der zwischen Finanzbehörde, Bezirk und Investor abgestimmt werde.

Dieser Mietvertrag gilt aber ausschließlich für eine Zwischennutzung und

beschränkt sich auf die 70 Quadratmeter große Fläche eines ehemaligen Kindergartens im Erdgeschoss. Längst haben sich die linken Aktivisten auf der gesamten Fläche des zweigeschossigen Gebäudes ausgebreitet und erklären, sich nicht vertreiben lassen zu wollen. Wie war das? Es gelten Recht und Gesetz?

Das kollektive Zentrum nimmt für sich in Anspruch, "mit dem Viertel gegen die Investoreninteressen" zu kämpfen und stellt die Frage, warum so und nicht anders gebaut werden soll – und wer darüber entscheidet. Einfache Antwort: am Ende die demokratisch gewählte Bezirksversammlung. Natürlich kann und muss gerade angesichts des Wohnungsbauprogramms des Senats darüber diskutiert werden, wer wo was baut, wie dies die Stadtviertel verändert und wer davon profitiert. Diese Debatte darf aber nicht geführt werden, indem man sich über Mietverträge hinwegsetzt, Tatsachen schafft und dann die Stadt mit drohenden Krawallen zu erpressen versucht.

Ein Investor will rund 400 Wohnungen auf dem Areal im Münzviertel bauen, von denen 60 Prozent öffentlich gefördert und der Rest größtenteils Studentenwohnungen sein sollen? Ja, liebe Besetzer, das ist wirklich total gemein. Wer so pauschal argumentiert, verabschiedet sich aus einem ernst zu nehmenden Diskurs über Strategien gegen steigende Mieten und Wohnungsnot.

Die Polizei mag mit ihrer Befürchtung, im Münzviertel entstehe eine "zweite Rote Flora", ein bewusst dramatisches Szenario entworfen haben. Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass der Senat im Umgang mit dem neuen linksautonomen Zentrum in einer Zwickmühle steckt. Ihm kann nicht daran gelegen sein, noch viel Zeit verstreichen zu lassen und zuzusehen, wie sich die Szene an der Norderstraße weiter verfestigt. Für den Fall einer Räumung allerdings haben die linken Aktivisten bereits massiven Widerstand angekündigt: Sie hätten sich längst darauf vorbereitet, "die vorzeitige Beendigung des Projekts kollektives Zentrum teuer, unbequem und unkontrollierbar zu machen", drohen sie auf der Internetseite unmissverständlich und rufen ihre Unterstützer auf: "Erzählt all euren FreundInnen von der Bedrohungslage und bildet Banden." Auf Hamburg könnten unruhige Zeiten zukommen. Und auf den rot-grünen Senat eine erste Belastungsprobe.

Seite 11 Bericht